



Im Jahr 2015 ist im Norden Brasiliens eine Region doppelt so groß wie Deutschland zur neuen Agrarfront ausgerufen worden – die Region Matopiba, in den Bundesstaaten Maranhão, Tocantins, Piauí und Bahia gelegen. Das Gebiet soll landwirtschaftlich „entwickelt“ und von dort der Weltmarkt mit Soja, Mais und Baumwolle versorgt werden. Dazu soll die weltweit einzigartige brasilianische Savanne „umgewandelt“ werden. Die Millionen ansässigen KleinbäuerInnen tauchen in den Regierungsplänen jedoch nicht auf. Durch die Ausweitung der agrarindustriellen Produktion kommt es massenhaft zu Vertreibungen der lokalen Bevölkerung durch den Einsatz von Pestiziden, Bedrohung und Landraub.



Mario Schenk, Journalist und Wissenschaftler im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin, der derzeit zur Agrarfrage in Brasilien forscht, thematisiert in seinem Vortrag über die Region nicht nur den Ausbau der Sojaproduktion und

seine Folgen für die Umwelt. Er hat die letzten Wochen in der Region verbracht und mit von der Vertreibung betroffenen Kleinbäuerinnen gesprochen. Er erzählte von zwei exemplarischen Fällen der Vertreibung, um die halb- und illegalen Methoden der Landnahme zu verdeutlichen und geht auf mögliche Formen des Widerstands und der alternativen Entwicklung ein. Darüber hinaus thematisiert er die Frage, warum die Arbeiterpartei PT, die in dieser Region traditionell eine sehr starke Basis hatte, dort zuletzt keine Unterstützung mehr fand und gibt einen Ausblick, was von der Agrarpolitik der neuen Regierung Temer erwartet werden kann.

Die Agrarwirtschaft ist traditionell sehr wichtig für die brasilianische Wirtschaft. Knapp die Hälfte des brasilianischen Exports stammte 2015 aus dem Agrarsektor. Nur dank der Einnahmen aus diesem Bereich war die Handelsbilanz des Landes zuletzt positiv. Dabei ist Soja noch vor Mais oder Kaffee



Brasiliens wichtigstes Exportgut. Tatsächlich ist Brasilien weltweit der größte Sojaproduzent und zweitgrößte Sojaexporteur. Mit dem steigenden Rindfleischkonsum in den Industrieländern und auch Schwellenländern wie China steigt auch der Bedarf an Soja, das 80% der Futtermittel ausmacht. Damit steigt gleichzeitig der Bedarf an neuen Anbauflächen für Soja. Im Zuge dieser Entwicklung setzt Brasilien auf einen massiven Ausbau der Flächen für den Sojaanbau.

Die Sojaproduktion, die sich zunächst stark auf den Süden des Landes konzentrierte, nimmt daher immer größere Flächen auch im Norden des Landes ein. Auch der Cerrado, die savannenähnliche Landschaft, die sich wie ein Gürtel um den Amazonasregenwald legt, wird mehr und mehr als Anbaugelände genutzt. Dort gibt es für den Sojaanbau gut geeignete Böden und, wenn auch unregelmäßige, so doch planbare Niederschläge mit einer Trocken- und einer Regenzeit. Vor allem aber steht er, im Gegensatz zum Amazonasgebiet, kaum unter Naturschutz. Der Boden wird nutzbar gemacht, indem die heimische Vegetation durch Brandrodung beseitigt wird. Mit dem Sojaanbau geht außerdem die Nutzung von extrem starken Pestiziden einher, denen allein die Sojapflanzen standhalten können.

Schon die Regierung der PT unter Präsidentin Dilma unterstützte diese Pläne mit dem Entwicklungshilfe- und Infrastrukturprogramm "Matopiba" mit dem Ziel, die Landwirtschaft in der Region rentabler zu gestalten und die Anbauflächen um 8%-20% auszuweiten. Der Einfluss der Agrarlobby bei diesen Plänen, die auf die Ausweitung des Großgrundbesitzes ausgerichtet sind und das Schicksal der für Subsistenz und die lokalen Märkte produzierenden Kleinbauern unbeachtet lassen, ist unübersehbar: Die ehemalige Landwirtschaftsministerin Katia Abreu von der rechtskonservativen PMDB ist selbst Großgrundbesitzerin in Tocantins und als Vorsitzende des brasilianischen Landwirtschaftsverbands CNA (Confederação Nacional da Agricultura e Pecuária do Brasil) eine klare Lobbyistin des Agrobusiness. Die Wahl fiel auf sie, da dies den Schulterschluss zwischen PT und den rechtskonservativen

Eliten aus dem Norden ermöglichte, deren Vertreterin Abreu ist. Allerdings führte dies auch dazu, dass die PT bei ihrer traditionellen Klientel, den ärmeren Bevölkerungsschichten, an Vertrauen einbüßen musste. Diese werteten Dilmas neue Agrarpolitik als eine klare Stellungnahme in einem Konflikt mit verhärteten Fronten zwischen Großgrundbesitzern auf der einen und Kleinbauern sowie Landlosen auf der anderen Seite. Das Ausmaß dieses Vertrauensverlustes zeigte sich zuletzt dadurch, dass das Impeachment gegen Präsidentin Dilma keinen gut organisierten Protest in dieser Region, die mit 80% armen Bewohnern traditionell zu den Hochburgen der PT gehörte, auslöste. Mario Schenk berichtete, dass viele der Aktivisten und von Landraub Betroffenen, mit denen er in Brasilien gesprochen hat, PT-Mitglieder waren, seit die Partei Ende der 80er Jahre als Sammelbecken für sich nach der Militärdiktatur neu artikulierende linke soziale Bewegungen gegründet wurde, aber kürzlich aus der Partei austraten, von der sie ihre Interessen nicht mehr vertreten sehen.

Im Norden und Nordosten Brasiliens, sehr von Dürre, fehlender Infrastruktur wie Wasser- oder Stromversorgung geprägt, haben große Teile der Bevölkerung, die zu 80% als sehr arm eingestuft wird, von den sozialen Projekten in den ersten Regierungsjahren der PT profitiert.

In den Regierungsplänen wird das Land als "unbebaut" und "unproduktiv" dargestellt, während es in Wirklichkeit die Lebensgrundlage für Millionen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern darstellt, die dort als "posseiros" leben - das bedeutet, sie besetzen und bebauen bisher ungenutztes Land und werden damit qua Verfassung zu dessen Eigentümer, können jedoch keinen Eigentumstitel vorweisen. Dabei ist es nicht das einzige Problem, dass 66% der Landbesitzer keinen offiziellen Landtitel besitzen; oft ergibt sich eine noch verworrener Besitzsituation, bei der mehrere Parteien für dasselbe Stück Land Titel vorweisen können.



Um Fälschungen nachzuweisen, landen diese Fälle oft vor Gericht, wo die Verhandlung sich über Jahre hinziehen kann und dann oft vor untätigen Behörden versanden. So herrscht in der Praxis meist das Recht des Stärkeren.

So etwa im Fall von Dona Raimunda, einer Kleinbäuerin aus dem Bundesstaat Tocantins, die von Landraub betroffen ist. Emilio Pinoto, ein aus dem Süden zugezogener Grundbesitzer in der Nachbarschaft zäunte 80% mehr Land ein als ursprünglich

in seinem Besitz war, um dort Soja anzubauen und Vieh zu züchten. Darunter auch Dona Raimundas Besitz. Diese ging dagegen vor Gericht, aber während des noch laufenden Prozesses wurde ihr Haus unrechtmäßig zerstört und ihr wurde Gewalt angedroht. Durch den Einsatz von Pestiziden, gegen die nur das genetisch veränderte Soja resistent ist, wurden nicht nur alle anderen Pflanzen zerstört, sondern auch das Grundwasser vergiftet.

Die Strategie, die Kleinbauern in wirtschaftliche Not zu treiben, bis sie ihr rechtmäßiges Land verkaufen oder verlassen müssen, wird verstärkt durch den Preisverfall der Anbauprodukte, durch die steigende Konkurrenz der Großproduzenten. Den meisten Bauern, die sich diesen Mechanismen der Vertreibung ausgesetzt sehen, bleibt keine andere Wahl: Auf der Suche nach einer Alternative verlassen sie das Landesinnere und ziehen in die Städte. Diese Landflucht wollte der ehemalige Präsident Luiz Inácio Lula da Silva mit verschiedenen Maßnahmen bekämpfen: Sozialhilfe sollte das Einkommen der Kleinbauern aufstocken. Durch den Ankauf eines Drittels der Ernte, die dann als Nahrung in staatlichen Schulen, Krankenhäusern und Gefängnissen verwendet wurde, wurde versucht, die lokale Wirtschaft anzukurbeln. Das Kreditprogramm Pronaf, das auf staatliche Initiative extra für Klein- und Kleinstbauern eingerichtet wurde, war jedoch nur zu 50% erfolgreich. Insgesamt lässt sich sagen, dass die bisherigen Versuche, die Kleinbauern zu Landwirten zu machen, meist nicht von Erfolg gekrönt waren.

Das Beispiel von Dona Claudia zeigt jedoch, dass diese Entwicklung nicht alternativlos ist. Als Gewerkschafterin und Mitglied von APA-TO, einer NGO, die sich für die Kleinbauern im Bundesstaat Tocantins einsetzt, lebte sie einst 10 Jahre als Landbesetzerin, bevor sie von dem besetzten Land vertrieben wurde. Heute ist sie eine "assentada", das bedeutet, der Staat hat ihr ein Stück Land zugesprochen. Allerdings geschah dies erst durch den anhaltenden politischen Druck der sozialen Bewegung. Dieses Land bewirtschaftet sie nun in einer Gemeinschaft mit den anderen Bewohnern des assentamentos. Eine andere Alternative zu der Konzentration auf Monokulturen wie Soja, Mais oder Baumwolle scheint die Revalorisierung der heimischen Biodiversität zu sein: Zum Beispiel durch Förderung der Babaçu-Palme, deren Früchte bilden für die einheimische Bevölkerung ein Grundnahrungsmittel, das sehr vielseitig genutzt und verarbeitet werden kann. In anderen Regionen Brasiliens oder gar international ist diese Frucht jedoch nicht bekannt. Das Beispiel des Açaí zeigt, dass eine nationale und internationale Vermarktung von heimischen Produkten auch eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte sein kann. Die NGOs, die vor Ort aktiv sind, übernehmen in diesem Zusammenhang staatliche Aufgaben, indem sie die lokale Bevölkerung über ihre Rechte,

Möglichkeiten und Alternativen aufklären, Bildungsarbeit leisten und oft auch unternehmensberaterische Funktionen übernehmen.

Die neue Regierung unter Temer von der PMDB hat das Projekt Matopiba nun eingestellt. Allerdings darf das nicht als Verzicht auf einen Ausbau der Sojaproduktion gewertet werden, ist doch der neue Landwirtschaftsminister Blairo Maggi selbst Brasiliens größter Sojaproduzent. Die Regierung hat nicht nur das Ministerium für ländliche Entwicklung (MDA) aufgelöst, sondern will nun auch schnellst möglich den assentados ihre Landtitel übergeben. Nicht nur Mario Schenk interpretiert diesen plötzlichen Umschwung zur massenhaften Landtitelvergabe als Mittel zur Inwertsetzung des Landes: Nur so kann es auch weiterverkauft werden. Als er nach seiner Einschätzung für die Zukunft gefragt wird, bleibt Mario Schenk pessimistisch: Solange der brasilianische Staat abhängig vom Sojaexport sei, würde es von staatlicher Seite wohl keine funktionierenden Projekte für Kleinbauern geben. Um so höher ist die Arbeit der NGOs, Genossenschaften und anderen lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren einzuschätzen. Denn Forschungen zeigen, dass immer dort, wo der Gemeinschaftszusammenhalt besonders stark ist, die Vertreibung erschwert wird.